

zum Ausdruck, daß nach Ansicht der Reichsregierung das Problem einer internationalen Behandlung nicht zugänglich ist und auf diesem Wege nicht gelöst werden kann.

Deutsche gegen Deutsche „Strafexpeditionen“ in Tirol

Die Führer der Heimwehren Tirols haben beim Landesoberhauptmann Dr. Stumpf die Forderung erhoben, dem Landesoberhauptmann einen von den Parteien unabhängigen Landesauschuss zur Seite zu stellen, der aus Vertretern der Heimwehr, des osttirolischen Sturmhaars und des Böhmerbundes zusammengesetzt werden soll. Die Heimwehrführer verlangen ferner rückwirkende Säuberung aller Kiemer von allen des „Nationalsozialismus verdächtigen Elementen“. Alle „Nationalsozialistischen Verbände“ sollen aufgelöst und die Nationalsozialisten zur Bezahlung aller irgendwo entstandenen Schäden verpflichtet werden. Es hat den Anschein, als ob diese Forderungen von der Regierung erfüllt werden.

In Tirol sind seit Dienstag insgesamt 8000 Mann Heimwehr zur Durchführung der angeordneten Strafaktion aufmarschieren worden. Eine ähnliche Säuberung und Strafexpedition plant man auch für Oberösterreich; die Aktion soll dann später auf das ganze Land Salzburg ausgedehnt werden. Die verlaute, beabsichtigt die Regierung Sicherheitskommissare bei allen Bezirksbauernschaften zu ernennen. Unter anderem rechnet man mit der baldigen Einsetzung eines Regierungskommissars für Graz und mit der Auflösung des dortigen Gemeinderats.

Für Bad Gastein ist vom Ministerialrat Frey persönlich eine Strafexpedition angedacht worden. In diesem Zweck wurde die Garnison durch Truppen und Schutzpolizisten verstärkt. Als Verhaftungswahrscheinliche für die zahlreichen Papierenexplorationen wurden 30 führende nationalsozialistische Persönlichkeiten in Gastein verhaftet, ohne daß ihnen eine Beschuldigung an den Explosiven und Kundgebungen auch nur im geringsten nachgewiesen werden konnte. Die Verhafteten wurden, wie in Döberitz üblich, in ein Konzentrationslager gebracht.

Es wird im übrigen aber nach der Auffassung des Redners

„Sind Angehörigen fremder Rassen nicht mehr möglich sein, in Deutschland öffentliche Kiemer zu befehlen, weil dies dem geschlossenen, gesunden Willen des Volkes widersprechen würde.“

Einen besonderen Raum nahm die Behandlung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit ein. Den früheren Begriffen von Unter-

nehmern und Arbeitern werden die neuen vom Führer und Gefolgschaft gegenübergestellt.

Zum Schluß wurde nach dem Gesetz vom Dezember 1933 erwähnt, durch das die Partei zu einer Körperschaft des öffentlichen Rechts gemacht wurde, mit einer eigenen Gerichtsbarkeit, in dem Bestreben, das Parteimitglied, dem in erster Linie Pflichten und erst in zweiter Linie Rechte zugebilligt werden, zu der Innegaltung dieser Pflichten und damit zur erfolgreichen, endgültigen Durchführung der nationalsozialistischen Revolution anzuhalten.

Erst wägen, dann wagen

Gewissenhafte Prüfung der italienischen und englischen Abrüstungsvorschläge in Berlin

Den zuständigen Stellen zugeleitet

Im Auswärtigen Amt und Reichswehrministerium werden gegenwärtig die Abrüstungsvorschläge der englischen und italienischen Regierung einer eingehenden Nachprüfung unterzogen.

Uns zieht es nicht nach Genf zurück

Die Berliner Presse befaßt sich erneut mit der italienischen und mit der britischen Abrüstungsvorschläge. Die beiden Pläne werden kritisch miteinander verglichen,

wobei sich übereinstimmend die Auffassung ergibt, daß der italienische Vorschlag dem deutschen Standpunkt in den entscheidenden Einzelfragen wesentlich Rechnung trägt und von dem gleichen Gesichtspunkt ausgeht, der die deutsche Auffassung bestimmt. Der italienische Plan wird als ein Plan der Realitäten bezeichnet, während man dem englischen Plan zum Vorwurf macht, daß er sich immer noch in der Utopie bewegt, die hochgerüsteten Nachbarn Deutschlands wären bereit, eine Beschränkung ihres Rüstungsbestandes vorzunehmen. Die in beiden Vorschlägen gegebene Anregung, Deutschland möge nach Genf zurückkehren, findet in den Blättern lächle und zum Teil stark ablehnende Behandlung.

Italiens Meinung: Englands Vorschlag birgt Gefahren in sich

In gutunterrichteten römischen Kreisen betont man, erfreulicherweise seien das italienische und das englische Memorandum zur Abrüstungsfrage aus demselben Geiste geboren; beide Vorschläge versuchten, den Bedürfnissen der gegenseitlichen Standpunkte Deutschlands und Frankreichs gerecht zu werden und auf schnellstem Wege zu einer praktischen Lösung zu gelangen. In der Art der vorgeschlagenen Lösung seien jedoch die italienischen Vorschläge deshalb überlegen, weil sie härter den tatsächlichen Bedürfnissen des Augenblicks angepaßt seien. Italien könne auf den Vorwurf, sein Memorandum bringe eine Abrüstung statt eine Abrüstung erwidern, daß die Erhaltung des Status quo der bewaffneten Staaten immerhin schon einen greifbaren Erfolg insofern darstellten würde, als jeder weitere Rüstungswettlauf vermieden werde.

Man müsse sich angesichts der harten Tatsachen, vor denen man stehe, heute mit bescheidenen Lösungen zufrieden geben, weil sie allein die Aussicht bieten, unmittelbar verwirklicht zu werden.

In diesem Sinne berage das englische Memorandum den Reim zu neuen Verwicklungen in sich, weil eine Umwandlung der Bestände der

bewaffneten Mächte sicher zu komplizierten und langwierigen Verhandlungen führen müßte.

Das Recht der Landesverteidigung muß auch Deutschland zustehen

Aus Washington wird gemeldet: Offenbar als Wirkung der britischen und der italienischen Stellungnahme ist eine gewisse Änderung der bisherigen starren ablehnenden Haltung der amerikanischen Regierung gegenüber einem Ausbau der deutschen Rüstungen zu erkennen. Dem Vertreter des DRK wurde von zuständigen Stellen selbstverständlich keinerlei Interesse daran hätten, Deutschland wehrlos zu erhalten. Man würde nur eine Situation bedauern haben, die Frankreich zu dem Entschluß gebracht hätte, seine bereits so starke Rüstung noch weiter zu steigern. Sollte sich also eine Lösung finden lassen, die Deutschlands Wünsche auf einer angemessenen Ausbau seiner Landesverteidigung erfüllt und gleichzeitig Frankreich veranlaßt, seine Rüstungen nicht zu vergrößern, so würde das in Washington nicht als Aufkündigung Deutschlands aufgefaßt werden.

Die Fortführung der deutsch-französischen Aussprache

hängt zunächst nicht von dem Willen der deutschen Regierung allein ab. Die alte französische Regierung hat sich zwar vor ihrem Sturz in besonderen Sitzungen mit der Abfassung einer neuen Denkschrift an Deutschland befaßt. Dieses Dokument konnte aber nicht mehr überreicht werden. Es dürfte auch durch die Entwicklung bereits überholt sein. Die Frage ist also zunächst die, in welcher Form der neue französische Ministerpräsident und Außenminister Daladier nun das Erbe des letzten Kabinetts antreten will. Man möchte dabei nur die Hoffnung ausdrücken, daß seine eigene Antwort an Deutschland nicht allzu sehr durch den Ton der französischen Presse beeinflusst wird, die augenblicklich in schärfster Weise vor allem gegen England zu Felde zieht.

Die letzte große Rede des Reichskanzlers enthielt so viele Gesichtspunkte für eine fruchtbare deutsch-französische Aussprache, daß ein Mann wie Daladier diese Anregungen kaum einfach ignorieren wird.

Ehe man hier weiter urteilt, wird wirklich die französische Antwort abzuwarten sein. Unter ihrem Eindruck wird dann die deutsche Regierung durch und unbeeinträchtigt von allen anderen außenpolitischen Vorgängen entscheiden können, welche Schritte nach den Antworten an Italien und England gegebenenfalls an Frankreich zu richten sind. Je ruhiger die Atmosphäre wird, in der diese Ermüdungen angeheißt werden können, um so besser für Europa und auch für

Das Gewinnstreben hat aufgehört, Regler des wirtschaftlichen Denkens zu sein Ein wichtiger Tag für die Elbeschifffahrt

Am Donnerstag erfolgte im Hamburger Rathaus die feierliche Übertragung der Staatsausfahrt über das neue Elbe-Rarrel durch das Reich an die Hamburger Behörde für Wirtschaft. Zu der Veranstaltung war Reichsverkehrsminister Freiherr von Eib-Rübenach erschienen. Ferner waren Vertreter aller Länder und Städte anwesend, die an den Fragen der Elbeschifffahrt mittelbar oder unmittelbar beteiligt sind, sowie maßgebende Persönlichkeiten aus Verwaltung und Partei.

Der regierende Bürgermeister Krogmann eröffnete den feierlichen Akt mit einer Begrüßungsansprache, in der er den Wunsch ausdrückte, daß alle am Elbeverkehr beteiligten Wirtschaftszweige durch den jetzt in Kraft tretenden Kartellvertrag zu dem Maß wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit zurückgebracht werden würden, das sie befallige, ihre großen Aufgaben innerhalb der deutschen Gesamtwirtschaft voll zu erfüllen. Sodann hielt der Reichsverkehrsminister Frhr. v. Eib-Rübenach eine Rede, in der er u. a. ausführte:

„Die Elbe-Needereien-Vereinigung von 1934, die heute ihre Arbeit aufnimmt, ist nicht zu vergleichen mit einem Rarrel herkömmlicher Art.“

„Sie hat nicht den sonst üblichen, beschränkten Zweck, durch ihre Monopolstellung die Frachten auf Kosten der Wirtschaft möglichst hoch zu halten.“

„Zwar ist die Vereinigung ursprünglich geschaffen, um den Verkehrsstand aus der wirtschaftlichen Not zur Gesundung zu helfen. Ihr Aufgabenkreis ist darüber hinausgewachsen und hat einen besonderen Inhalt erhalten. Die Elbe-Needereien sollen, begünstigt durch die Mannigfaltigkeit der angeschlossenen Betriebe, den im Elbegebiet anliegenden Wirtschaftsunternehmungen in der Binnenschifffahrt das leistungsfähige Verkehrsinstrument zur Verfügung stellen, das neben der Eisenbahn, neben dem Kraftwagen, neben dem Flugzeug, die Verkehrsbedürfnisse im Elbegebiet zu befriedigen bestimmt ist. In der Elbe-Needereienvereinigung sind Rechte Genossenschaften, Beiratler zusammengeschlossen, mit der Elbe-Neede-

rienvereinigung sind verbunden die Klein-schiffahrtvereine einschl. der Motorfahrer, und

alle finden sich in dem Bestreben, in gemeinsamer Arbeit die großen Anforderungen zu erfüllen, die der Verkehr und die Wirtschaft an sie stellen.“

Diese bisher nicht gekannte Zusammenarbeit aller Beteiligten ist möglich geworden erst in neuerer Zeit, wo die Gemeinsamkeit der Gedanken und die Gemeinsamkeit des Bestrebens Wirklichkeit geworden ist, wo im nationalsozialistischen Staat das Gewinnstreben aufgehört hat, der alleinige Regler wirtschaftlichen Denkens zu sein.

„Wo die Wirtschaft gelernt hat, sich als Dienerin des Volkes zu fühlen und wo in der Erkenntnis höherer Ziele der einzelne bereit ist, sich einer Führung unterzuordnen.“

„Ich übergebe nunmehr die Elbe-Needereienvereinigung von 1934 und die Führung der gesamten Elbeschifffahrt in die Hände des Senates von Hamburg und der Hamburgischen Behörde für Wirtschaft und Hofe und wünsche, daß die Arbeit, die Hamburg hier begonnen und nunmehr vollenden wird, ein neues Ruhmestück werden müßte in der so großen und an Erfolgen reichen Geschichte der Freien und Hansestadt Hamburg. Ich rufe ihr und der Elbewirtschaft zu: „Sieg Heil!““

Ministerialrat Baur vom Reichsverkehrsministerium bezeichnete die Wahrung der neuen Elbe-Needereienvereinigung von 1934 als Markstein in der neueren Gestaltung nicht nur der Elbeschifffahrt, sondern unserer Wirtschaft überhaupt.

Den Worten des Reichsverkehrsministers folgte lebhafter Beifall.

Bürgermeister Dr. Burchard nahm sodann namens des Senats und der Behörde für Wirtschaft die Übertragung der neuen Aufgabe an und führte u. a. aus, daß nach Errichtung des nationalsozialistischen Staates sei es möglich gewesen, auch in dieser wichtigen Frage die richtige Lösung zu finden.

Männer, auf die sich Mussolini verlassen kann

Der 11. Jahrestag der Gründung der faschistischen Wille wurde am Donnerstag in ganz Italien feierlich begangen. In der Hauptstadt hatten sich die Verbände auf der Piazza di Siena aufgestellt, wo der Duce die feierliche, Auszeichnungen verteilte und eine kurze Ansprache hielt. Anschließend fand auf dem Flinco der Vorbereitungsfeier statt. Eine besondere Note erhielt die Feier diesmal durch die enge Verbindung mit den militärischen Streitkräften des Landes. Sie liegt im Geiste der militärischen Reform, die Mussolini mit der Vereinigung der drei Ministerien, mit dem neuen Befehlungsgefes und der härteren faschistischen Durchdringung der militärischen Streitkräfte durchführte. Auch eine starke Abordnung der Marine nahm an dem Duce teil. Die Offiziere der militärischen Streitkräfte luden später ihre Kameraden von der Wille zu einem Ehrentrunk in das Fliegerhaus, wo sich auch Mussolini einfand.

Das „nahe Amerika“ gibt Deutschland Verdienst

Die Aufhebung der Prohibition in den Vereinigten Staaten von Amerika hat zunächst, obwohl sie ja erst Anfang Dezember 1933 erfolgte, eine überaus erhebliche Wirkung auf die Exporteisen der daran interessierten deutschen Wirtschaftszweige ausgeübt. Während die Gesamtumsatz der davon betroffenen deutschen Exporteisen im Jahre 1932 nur 890 000 Mark ausmachte, lag sie im Jahre 1933 auf 12 948 000 Mark.

An dieser Steigerung sind alle einschlägigen Produkte beteiligt. Hier, Schaumwein, sowie Brauereimaschinen und Geräte haben wir 1933 überhaupt nicht nach den Vereinigten Staaten exportiert. 1933 betrug der Export 1 876 000 RM., der Export von Schaumwein 48 000 RM., und der Export von Brauereimaschinen und Geräten 731 000 RM. Diese Flaschenweine liegen von 23 000 auf 658 000 RM. Sehr erheblich war die Exportsteigerung für Rohstoffe zur Bierbereitung. 1932 bezogen die Amerikaner aus Deutschland für 217 000 RM. Hopfen und für 87 000 RM. Malz. Diese Beträge erreichten im Jahre 1933 auf 8 261 000 RM. für Hopfen und 407 000 RM. für Malz. Am härtesten profitiert aber bei der Hopfenindustrie. Die Heferste 1932 für 99 000 RM., 1933 für 8 267 000 RM. nach den Vereinigten Staaten.

Quantitäten in erheblicher für alle diese Exporteisen leider ein harter Rückschlag einge-

treten. Namentlich die deutsche Bierausfuhr hat darunter gelitten, daß die Vereinigten Staaten zum Schutze der eigenen Brauereindustrie sehr hohe prohibitive wirkende Zölle eingeführt haben.

Das Neueste vom Tage

Nachprüfung der Umstände des Selbstmordes von Stavisky

Paris, 2. Februar (Radio). Unter den höheren Beamten, gegen die die Regierung im Zusammenhang mit dem Stavisky-Skandal starke Maßnahmen beabsichtigt, befinden sich nach dem sozialistischen „Populaire“ der Pariser Polizeipräsident Chiappe, der Generalstaatsanwalt Douat-Guilguc, der Staatsanwalt Bresard, ein Schwager Chautemps, und der Direktor der Allgemeinen Sicherheitspolizei, Thomé. — „Le Jour“ und andere Blätter behaupten, daß Daladier in dem Bestreben, den Stavisky-Skandal völlig aufzuklären, auch eine Untersuchung über die ungarischen Agrarbonden beantragen wolle. „Le Jour“ zufolge soll Daladier beabsichtigen, auch die näheren Umstände des Selbstmordes Staviskys nachprüfen zu lassen. Die Offensivität, so meint das Blatt, werde Daladier dann wissen, ein Geheimnis aufzuklären, das immer noch große Beunruhigung auslöse. — Die Aussichten der Regierung werden im allgemeinen von vielen Blättern als nicht rosig bezeichnet. „Le Jour“ erklärt, die jetzige Kammer sei nicht zu regieren. Es sei notwendig, das Parlament möglichst bald aufzulösen. Das Kabinett sei eine Ubergangsercheinung.

Wintersport

Die Temperaturen liegen zwischen -10 und -21 Grad. Das Wetter ist überaus heiter. 1 bis 10 cm Neuschnee. Ski und Rodel sehr gut. Ausflüge.

Witterungsbedingungen: Am Freitag noch vorwiegend heiteres und kaltes Wetter mit starkem Frost. Sonnabend Witterung des Frostes und neuer Schneefall.

Weiterberichterstattung

Nach strengen Nachfrösten am Tage etwas milder und später vereinzelt leichter Schneefall bei zunehmender Bewölkung und nach West wehenden Winden.

Deutsch wollen wir sein Reichsjustizkommissar Frank über Fragen, die uns alle bewegen

Am zweiten Abend in der Vortragsreihe des Außenpolitischen Institutes sprach Reichsjustizkommissar Staatsminister Frank. Er entwickelte in großen Zügen die Absichten, wie sie bei Schaffung eines neuen deutschen Rechts zugrunde liegen.

„Das neue Recht soll dem gesunden Rechtsempfinden des Volkes entsprechen und nicht aus größtenteils längst überholten Ueberlieferungen bestehen.“

Der Kampfkampf ist nicht ein Kampf gegen eine Klasse, sondern ein Kampf um die Erhal-

tung unserer eigenen Rasse und Kultur. Er ist, wie sich das einwandfrei nachweisen läßt, nicht wirtschaftlich, sondern im Rahmen des geltenden Rechts geföhrt worden. Es sind, um ein Beispiel zu erwähnen, in Berlin noch immer 1500 nicht-arische Rechtsanwälte usw. tätig; ein Zeichen, wie nachdrücklich man bei der Durchführung des Gesetzes gewesen ist, insofern Kriegsteilnehmern, Soldaten von Gefallenen usw. die Weiterführung ihres Berufs erlaubt wurde, obwohl das prozentuale Verhältnis dadurch ganz außerordentlich überschritten wird.